

¡Fijáte!

Nachrichten + Informationen + Berichte zu Guatemala

Nr. 687

Mittwoch, 4. September 2019

26. Jahrgang

Inhaltsverzeichnis

Giammattei spricht über seine ersten Regierungspläne	1
Wahlanalyse: Zweite Luft für das gescheiterte guatemaltekeische politische System.....	2
Sandra Torres hat fertig* ... und wird vor Gericht stehen.....	3
Wider die Privatisierung der USAC: Studierende besetzen Unigebäude überall im Land.....	5
Studierenden bieten Zugang zu den Campus der USAC an	6
Ein politisches Signal? - Ramazzini wird Kardinal.....	6

Giammattei spricht über seine ersten Regierungspläne ...

Guatemala-Stadt, Zone 10, 27. August - Fünfzehn Tage nach seiner Wahl zum guatemaltekeischen Präsidenten hat Giammattei seine Regierungspläne vorgestellt: So will er durch ein regionales Ermittlungszentrum gegen Terrorismus und organisierte Kriminalität zur zentralamerikanischen Integration beitragen, Dutzende öffentliche Einrichtungen schliessen, fordert den Aufbau von Textilunternehmen (Maquilas) an der Grenze Mexikos und vermittelt einige Details über jene Kommission, die den Platz der abziehenden CICIG einnehmen soll.

Alejandro Giammattei kam mit einem Lächeln in den Saal des Hotels Holiday in Zone 10 der Hauptstadt, gefolgt von etwa 30 weiteren Personen, die sich im hinteren Bereich des Raumes aufhielten, als er mit der Presse darüber sprach, was in den letzten zwei Wochen in puncto Regierungsbildung und -plänen geschehen ist. Das Hotel wurde vor der Wahl eine Art Kommandozentrale, wo er sich mit ParteifreundInnen und Verbündeten traf.

Dieses Mal verhielt er sich ganz anders als in der ersten Pressekonferenz nach der Wahl. Damals hatte *Nómada* ihn auf die Ernennung von Alberto Pimentel, ein Aktionär eines Unternehmens, das Staatsaufträge angenommen hat, zum Energie- und Bergbauminister befragt. Giammattei antwortete damals verärgert und nichtssagend über mögliche Interessenkonflikte von Pimentel.

Über ein Projekt sprach der gewählte Präsident ausführlich: den Bau einer Bahnstrecke, die die Atlantikküste mit der Pazifikküste verbinden sollte. Die Zentralamerikanische Bank für Wirtschaftliche Integration (BCIE) werde in den kommenden vier Monaten an einer Machbarkeitsstudie für eine solche Bahnstrecke, die an jedem Endpunkt ein Aquädukt und eine Ölferrleitung haben soll, arbeiten.

„Das ist ein historischer Moment! Zum ersten Mal in der 62-jährigen Geschichte der Bank hat ein gewählter Präsident den Sitz der BCIE in Guatemala besucht. Das hat zuvor niemand gemacht. Und wir werden einen Arbeitsplan zu den Themen Innovation und Entwicklung erstellen und konkrete Ergebnisse für Guatemala erzielen“, sagte Giammattei.

Nun mag das mit dem Kontakt zur BCIE für guatemaltekeische designierte Präsidenten zutreffen, aber nicht für zentralamerikanische, denn gleiches tat sein Amtskollege aus El Salvador, Nayib Bukele. Beide haben solche Bahnprojekte für Güter und Personen im Kopf.

Giammattei gab keine Details über das Grossprojekt bekannt. Die BCIE schätzte für jenes in El Salvador, dass der Bau zwischen 3 und 6 Millionen US-Dollar pro Kilometer kosten würde. Giammattei sagte, dass geplant sei, einen direkten Zugang El Salvadors zu einem Hafen an der Atlantikküste zu schaffen und dass die BCIE auch einen Machbarkeitsplan für El Salvador erarbeiten werde. In dem Nachbarland gibt es kritische Stimmen, die auf mögliche Landkonflikte, Umweltzerstörungen in der Küstenregion und Umsiedlungen durch das Grossprojekt hinweisen.

Weitere Pläne Giammatteis sind die Abschaffung oder Reform des Zentralamerikanischen Parlaments (PARLACEN) und die Schaffung eines Ermittlungszentrums zur Bekämpfung von Terrorismus und organisierter Kriminalität.

„Das sind Schritte zu einer zentralamerikanischen Integration, wie ich sie mir vorstelle. Ich war schon immer für die Integration“, sagte er.

PARLACEN sei reformbedürftig und müsse sich mit den Themen Sicherheit, Umwelt, Wirtschaft und Steuerpolitik befassen. Das genannte Regionale Ermittlungszentrum solle in El Salvador seinen Sitz haben und Filialen in Honduras, Mexiko und den USA. Das Projekt sei mit Washington abgestimmt. Nach Ansicht des salvadorianischen Journalisten Carlos Dada sei Honduras allerdings ein Problem, da es immer mehr zu einem Drogenstaat werde.

Zu den Themen Migration, Sicherer Drittstaat und Maquilas an der Grenze

Über die Migrationskrise gibt es Streit zwischen den USA und Guatemala, einer dank Jimmy Morales und der andere mit Giammattei.

„Wir haben die Agenden ausgetauscht. Ich verstehe die Haltung der USA zur Migration und wir haben dafür gesorgt, dass die USA unsere Entwicklungspläne verstehen. So wollen wir beide Zielsetzungen miteinander verbinden. Das eine widerspricht nicht dem anderen. Nur braucht Entwicklung Zeit und wir müssen damit jetzt beginnen“, verkündete der gewählte Präsident.

Giammattei bat die USA, dass sie Guatemala genauso behandeln wie Haiti, was die Schaffung von hunderttausenden Arbeitsplätzen in Textilfabriken (Maquilas) an der guatemaltekisch-mexikanischen Grenze ermöglichen würde. Zugleich betonte er, dass er es in seinen Gesprächen mit den USA vermieden habe, von Guatemala als einem „sicheren Drittstaat“ zu sprechen, aber er auch weiterhin keine Details über die Vereinbarung habe, die Jimmy Morales gemeinsam mit Donald Trump unterzeichnet habe und vom amtierenden Präsidenten nicht eingeladen worden sei, bei den aktuellen Verhandlungen zwischen den beiden Staaten dabei zu sein.

„Wir haben da noch keinen klaren Weg. Wir wissen nicht, wann die Vereinbarung in Kraft tritt und wann sie endet und das ist der Punkt, der mich bei diesem Vertrag am meisten besorgt“, bekannte er.

Pedro Brolo, der designierte Aussenminister, sagte gegenüber *Nómada*: „Wir sind am Übergang von einer zu einer anderen Regierung und müssen uns annähern und Verbindungen knüpfen. Wir müssen eine Position entwickeln, wie es der Doktor [*gemeint ist Giammattei, der ja Chirurg ist, d.Red.*] gesagt hat, aber im Moment ist es die Position der aktuellen Regierung und darauf haben wir keinen Einfluss“.

Kampf gegen die Korruption à la Giammattei

Zu den Wahlversprechen Giammatteis gehörte die Fortsetzung des Kampfes gegen die Korruption – aber nach dessen ureigenen Vorstellungen. An dem Tag, an dem er zum Präsidenten gewählt wurde, verkündete er die Einrichtung einer nationalen Kommission gegen Korruption, die er in der Pressekonferenz am 26. August etwas ausführlicher, aber nicht klar genug darlegte, weshalb er eine eigene Pressekonferenz zu diesem Thema anbot. Was er sagte, ist folgendes:

„Diese Kommission wird sich nicht nur mit Korruption befassen und die Korrupten verfolgen, sondern sie wird sich mit Prozessreformen und Gesetzesreformen befassen, die solche Taten verhindern sollen. Wir haben die Unterstützung der US-Regierung, wir haben diesbezüglich auch offene Gespräche mit dem State Department und Homeland Security, dem Nationalen Sicherheitsberater und dem US-Botschafter in Guatemala, Luis Areaga, geführt“.

In zehn Tagen werden Giammattei und sein Team nach Washington reisen, um Details einer solchen Kommission auszuarbeiten. Der gewählte Präsident hat nicht gesagt, bei welchen Punkten die USA helfen werden, welchen prozentuellen Anteil sie zu finanziellen und personellen Ressourcen dafür leisten, aber er erklärte, dass „die Forderung der Korruptionsbekämpfung von den USA absolut geteilt wird“. Diese Reise nach Washington wird die zweite sein, die in das Machtzentrum der USA führt. Bei der ersten traf sich Giammattei mit VertreterInnen der Interamerikanischen Entwicklungsbank (BID) und dem Sekretär für Nationale Sicherheit, Kevin McAleenan, der den Vertrag zum „Sicheren Drittstaat“ gemeinsam mit dem amtierenden Innenminister Guatemalas, Enrique Degenhart, unterzeichnete. Auch beim neuerlichen Besuch wird sich Giammattei mit McAleenan und MitarbeiterInnen des State Departments treffen. Guatemala hat durchaus Erfahrungen mit Institutionen, die sich aus dem Präsidialamt heraus mit Fragen der Transparenz und Korruptionsbekämpfung befassen. Otto Pérez Molina schuf ein Sekretariat für Controlling und Transparenz, das von der Vizepräsidentin Roxana Baldetti geleitet wurde. Nach einer Klage von LIDER erklärte das Verfassungsgericht es für verfassungswidrig, da es – rechtlich falsch – über ein Regierungsdekret eingerichtet worden war.

Die Regierung der Patriotischen Partei ersetzte sie durch eine Kommission, die wieder verschwand, als 2015 die Ermittlungen die Regierung davonfegten.

Giammattei sagte weder, wer diese Kommission leiten werde, noch auf welcher gesetzlichen Grundlage sie eingerichtet wird. Er erklärte nur, dass zu den Gesetzen, die er nutzen wolle, um seine Pläne zu befördern, ein Gesetz gegen Terrorismus und für die Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung gehören würde. Ein solches zu verabschieden, gehörte zu seinen Wahlkampfversprechen. Im Kongress liegen bereits Gesetzesentwürfe vor, die den Begriff Terrorismus auch auf jene Personen und Gruppen anwenden, die bei Protesten und Demonstrationen Strassen blockieren.

Giammattei bezifferte die finanzielle Ausstattung einer solchen Kommission mit zwischen 40 und 75 Millionen Q (zwischen 4,63 und 8,68 Mio. €). Mittel, die durch die Schliessung anderer öffentlicher Einrichtungen, etwa dem Sekretariat für Verwaltungsangelegenheiten im Präsidialamt, finanziert werden sollen. (...) (Jody Garcia, *Nómada*)

Wahlanalyse: Zweite Luft für das gescheiterte guatemaltekische politische System

Guatemala, 12. August – Wenn man die Wahlbeteiligung mit der Börse vergleichen würde, ist die guatemaltekische Wahldemokratie total abgestürzt. Im zweiten Wahldurchgang sind 33 % weniger als bei der Stichwahl 2015 und nur die Hälfte der Wahlbürger der vorherigen Wahlen 2015 wählen gegangen. Damals hatte man die Hoffnung, das System der Korruption und Straffreiheit besiegen zu können. So hat nun mit einer Wahlbeteiligung von 38 % der Kandidat der Rechtsextremen und Dauerkandidat seit 20 Jahren, Alejandro Giammattei, die Wahl gewonnen.

Es ist ein Sieg des Systems, das Guatemala schon immer regiert hat – mit wenigen Ausnahmen in den letzten 100 Jahren. Die eine Ausnahme in den 1920er Jahren, als die ChristdemokratInnen regierten, die andere zwischen 1944 und 1954, als die revolutionären Demokraten Arévalo und Árbenz die Regierung führten. Und die letzte, als zwischen 2008

und 2018 eine Revolution in der Justiz stattfand, die Guatemala zum ersten Land auf dem Kontinent machte, in der niemand, so mächtig er gewesen sein mochte, sicher sein konnte, wegen ihrer blutigen oder «Weisse-Weste»-Verbrechen vor Gericht gestellt und verurteilt zu werden. Die Revolution wurde weltweit bekannt durch die Verurteilungen von zwei Staatschefs: Efraín Ríos Montt 2013, wegen Genozid und Otto Pérez Molina 2015, wegen Leitung einer korrupten und straffreien Bande der organisierten Kriminalität.

Das System ist heute das einzige, das in Guatemala nach dieser Wahl aufatmet und feiert. Aufatmet, weil es nach diesen Schlägen zwischen 2016 und 2018, wo 650 Mächtige festgesetzt und verurteilt wurden, sicher sein kann, dass es die Hegemonie behalten und internationale Legitimität zurückerlangen kann.

Giammattei, ist ein eher passiver Kandidat des Systems, hat deren AkteurInnen versichert, dass er trotz der Hilfe der Bevölkerung und deren Erfolgen im Kampf gegen die Mafia, die Verlängerung des Mandates der CICIG nicht beantragen werde, womit deren Auszug nach zwölf Jahren am 3. September endet.

Während seines Wahlkampfes hat Giammattei niemals irgendeine Kritik an dem (korrupten) System geübt oder Reformen angekündigt, um Regelungen gegen dieses durchzusetzen. Und das System bietet umgekehrt einige Punkte an, die aus unserer (aber nicht deren) Sicht als Schwachpunkte anzusehen sind:

1. Das Land ist ein Paradies der Ungleichheit, in dem - laut einer Consultingfirma für Superreiche aus der Schweiz und Singapur - das Kapital von 260 Familien der Grösse von 56 % des jährlichen Bruttoinlandsproduktes entspricht.

Zugleich ist die Hälfte dieses zentralamerikanischen 17-Millionen-Personen-Landes unterernährt und lebt in Armut.

2. Guatemala hat ein öffentliches und privates Entwicklungsmodell, das in den ersten sechs Monaten dieses Jahres fast 250.000 GuatemaltekenInnen (1,5 % der Bevölkerung) aus dem Land vertrieb – Menschen, die es vorzogen, von den Grenzpatrouillen der USA festgesetzt und von ihren Kindern getrennt zu werden, als weiterhin in Guatemala leben zu müssen.

3. Guatemala ist das Land mit einem der geringsten Steueraufkommen weltweit (10% des BIP) und daher mit den geringsten Ressourcen, um Institutionen der öffentlichen Daseinsvorsorge wie Gesundheit und Bildung aufzubauen. Tatsache ist, dass Giammattei angekündigt hat, dass ein Anwalt des Arbeitgeberverbandes, ein erklärter Gegner jeglicher progressiven Steuerpolitik, Finanzminister werden wird.

4. Im Land herrscht eine Welle der Gewalt und sexueller Missbräuche gegen Frauen und Kinder. Die hasserfüllten Diskurse gegen indigene Völker, Frauen und der LGTBI-Community nehmen zu.

5. Als die amtierende Regierung mit ihrer Weigerung, dem Urteil des Verfassungsgerichts zu folgen und die CICIG doch herauszuschmeissen, den Rechtsstaat beendete, hat das Niveau der Straffreiheit wieder den Wert von 2008 erreicht: 97 %.

6. Nur 35% der ArbeitnehmerInnen geniessen soziale Sicherheit und Leistungen.

7. Das System und die Regierung von Jimmy Morales (2016-2020) haben alles in Bewegung gesetzt – von der Verlegung der Botschaft in Israel von Tel Aviv nach Jerusalem bis zum Angebot an Donald Trump, sicherer Drittstaat zu werden - um Unterstützung dafür zu finden, der CICIG, der erfolgreichsten Macht im Kampf gegen Korruption und Straffreiheit, ein Ende zu bereiten.

An diesen Zuständen hat Giammattei niemals Kritik geäussert, hat niemals konkrete Vorschläge gemacht, um diese Beispiele eines gescheiterten Systems zu verändern. Giammattei haucht dem System wieder Atem ein, den es zum Überleben braucht. Bis gestern konnte sich Guatemala vor der Welt als Demokratie präsentieren – auch wenn es keine wirkliche Demokratie ist, weil es die Teilnahme der einzigen wirklichen Oppositionskandidatin Thelma Aldana verhinderte, die zudem – wie die US-Drogenbehörde DEA nahelegte – in die USA fliehen musste, da es Mordpläne gegen sie in Guatemala gab. Da es nicht Giammattei war, der die Hürden für die Teilnahme oder Nicht-Teilnahme von KonkurrentInnen aufbaute, ist er ein gewählter Präsident, der über demokratische Legitimität verfügt, obwohl die einer zusammengebrochenen Demokratie.

Und Giammattei hat viel vor sich, an dem er scheitern kann: So verfügt er gerade mal über 10% der Abgeordneten im zukünftigen Kongress und keinen einzigen im aktuellen Kongress, die im Oktober RichterInnen wählen könnten, die ihm nahe stehen. Zudem hat er ein schwaches Team aus Angestellten des Arbeitgeberverbandes, obskuren Militärs und TechnokratInnen. Es gibt weiterhin die Drohung von Trump, das Land wirtschaftlich zu knebeln. Und schliesslich werden die Forderungen der Bevölkerung ihm die Wartezeit bis zu seinem Amtsantritt am 14. Januar 2020 nicht gerade versüssen. Nun könnte er das Kabinett der schlechtesten Regierung aller demokratischen Zeiten erneuern. Und mindestens dafür sorgen, dass die Minister Degenhart (Innen) und Jovel (Aussen) nicht weitermachen können.

Guatemala, das zwischen 2015 und 2018 Licht im Tunnel sah, wird einen weiteren Herbst der Korruption, Straffreiheit und Ungleichheit erleben müssen. Es wird seine BürgerInnen, RichterInnen und internationalen FreundInnen brauchen, um den Widerstand zu organisieren und nicht gänzlich bereits vor den nächsten Wahlen im fernen 2023 zu implodieren. (Martin Rodriguez Pellecer, Nomada)

Sandra Torres hat fertig* ... und wird vor Gericht stehen

Guatemala, 12. August / 2. September- Die UNE schaffte es nicht, die Anzahl von 1,3 Millionen Stimmen aus der Stichwahl 2015 zu erreichen. In der UNE gibt es lange Gesichter und viel Geflüster, aber niemand hat bisher die Niederlage ihrer Kandidatin angelastet. Für Guatemala ist Sandra Torres Geschichte.

Und sie selbst sitzt seit dem 2. September in U-Haft und muss am 6. September wegen der illegalen Wahlkampffinanzierung 2015 der Ermittlungsrichterin Claudette Dominguez Rede und Antwort stehen.

Bereits vor vier Jahren hatte Torres den Abgeordneten ihrer Partei gesagt, dass 2019 das letzte Mal sein würde, wo sie als Kandidatin zur Verfügung stehen würde. Dieses Versprechen brachte ihr trotz der Niederlagen in den Wahlen zuvor die Unterstützung der Partei ein. 2011 durfte sie nach Entscheid des Verfassungsgerichts nicht kandidieren, da dieses ihre Scheidung von Ex-Präsident Álvaro Colom als Gesetzesübertretung ansah. 2015 verlor sie klar gegen einen Outsider namens Jimmy Morales. Nun, nach ihrer dritten Niederlage, (...) scheint sie keine Option mehr als Präsidentschaftskandidatin zu sein. Es gibt keine politische Spielfläche mehr für sie.

Das Ende der Kandidatin Sandra

Nur 140 Minuten nach Schliessen der Wahllokale hat die UNE in einer Pressekonferenz ihre Niederlage gegen Giammattei eingestanden. Am Tisch saßen der Fraktionsvorsitzende, Carlos Barreda, der Wahlkampfstrategie Oscar Argueta und die Generalsekretärin, Karina Paz. Dahinter ParteifunktionärInnen und -anhängerInnen, mit düsteren traurigen Gesichtern. Sandra Torres erschien nicht. Ein Sprecher sagte, dass sie verständlicherweise traurig sei. (...) Genauso wie bei ihrer Niederlage 2015 hat sie wieder nur 1,3 Millionen Stimmen erhalten. Der Politologe Daniel Haering twitterte: „Sie hat nicht mehr Menschen von sich überzeugen können. Ihre Strategie, sich auf die BürgermeisterInnen zu konzentrieren, war ein absolutes Fiasko.“ Am Abend der Niederlage der UNE gab es wenig zu sagen und viel nachzudenken. Daher gab es keine Erklärungen von Bedeutung. Obwohl FunktionärInnen, BürgermeisterInnen und BeraterInnen vieles unter vorgehaltener Hand sagen könnten: Die Partei hat ihre Probleme nicht gelöst, sagen sie in den Rängen der StellvertreterInnen und lancieren Erklärungsfloskeln für die Niederlage. Die UNE habe die konservativen Sektoren nicht verstanden, Guatemala sei nicht bereit für eine Präsidentschaft, es habe keine Angebote für die Mitte gegeben. (...)

„Wir müssen unsere Entscheidungsprozesse verändern und anpassen, was in einer Parteireform geschehen wird“, sagte Oscar Argueta beim Versuch, die Pressekonferenz so schnell wie möglich zu beenden. Niemand in der Partei fühlte sich in der Lage zu sagen, dass eine solche Erneuerung bedeuten würde, dass Sandra Torres keine Rolle in der Partei spielen würde, da sie keine Wahlen gewinnen könne, weil eine Sandra-Phobie im Land dieses verhindere. Solches wurde nur intern, aber nicht öffentlich besprochen.

Ein neuer unerwünschter Feind

Sandra Torres hat die Präsidentschaftswahlen verloren. Und damit auch ihre Immunität. In wenigen Tagen wird das Oberste Wahlgericht (TSE) amtlich den Sieg von Giammattei verkünden und Torres bleibt eine Kandidatin, gegen die ein Ermittlungsverfahren läuft. Eine ihrer Sorgen – dass der Fall der illegalen Finanzierung ihres 2015er Wahlkampfes in Höhe von 19 Millionen Q (2,2 Mio. €) wieder aufgerollt wird – *ist mit ihrer Festnahme am 2. September inzwischen zur Gewissheit geworden*. Mitte August war sie noch ruhig geblieben, da die Generalstaatsanwältin, Consuelo Porras, sie geschützt hatte, indem sie die Ermittlungen für fünf Monate stoppte und die Ermittlungen erst zum 6. Februar 2019 wieder anordnete, genau an dem Tag, an dem sie als Kandidatin Immunität bekam. Wieder konnte sie Präsidentin werden. Man weiss nicht, ob Porras sie weiterhin schützen wird, aber es würde klar sein, dass sich das bei einem Sieg von Giammattei ändern könnte. Eine Woche vor der Stichwahl hatte Giammattei gesagt: „Ich werde Ihnen einen Grund sagen, warum sie zur Wahl gehen sollen. Volk von Guatemala, wenn ihr für mich stimmt, dann werde ich alles in meiner Macht Stehende tun, um Frau Torres hinter Gitter zu bringen!“ Der nun gewählte Präsident versuchte auch Torres festzusetzen, aber er ging nicht zu einer RichterIn, sondern zur MP. So scheiterte der Plan.

Oscar Argueta sagt, dass die UNE die Anschuldigungen und Bedrohungen mit Ruhe aufnehme. Erstens, weil sie glaubt, dass es keine Sachbeweise gegen Torres gebe. Und zweitens, weil sie glaubt, dass Giammattei seine Ankündigungen nicht wahr machen werde. Aber CICIG und die Staatsanwaltschaft gegen Straffreiheit (FECI) haben die Finanzinformationen, Telefonmitschnitte und Dokumente, die beweisen, dass die UNE Geldquellen über illegale Wege eingenommen hat. Ein klarer Fall eigentlich. (...) Es bräuchte nur noch eine/n RichterIn, die ein Gerichtsverfahren gegen Torres anordnet. *Dies ist Ende August geschehen und hat zu ihrer Festnahme am 2. September geführt.* (...)

Die schwierige Aufgabe, die UNE zu führen

Obwohl Sandra Torres sich der UNE als Rettungsanker präsentiert haben mag, um ihre Straffreiheit zu gewährleisten, ist nicht bekannt, ob es ausreicht, die 2019 verbliebenen BürgermeisterInnen oder diejenigen, die 2020 ihre 52 Sitze einnehmen werden, zusammenzuhalten. Also stellt die Partei die Frage, wer die Leitung der Organisation übernehmen wird. Ab dem kommenden Jahr wird es eine Gruppe mit 52 Abgeordneten im Kongress sein, die nach einem Beschluss des Verfassungsgerichts nicht in der Lage sein werden, die Partei zu wechseln. Auch ohne die Präsidentschaft werden sie die wichtigste parlamentarische Opposition stellen. Das gilt natürlich nur, wenn sie ihre Einheit bewahren. Für den wiedergewählten Abgeordneten, Carlos Barreda, der bei der Pressekonferenz seelisch gebrochen aussah, gibt es vieles zu diskutieren, viel Arbeit in der Organisation und Koordination einer heterogen zusammengesetzten Fraktion. Der ehemalige Innenminister unter dem UNE-Präsidenten Álvaro Colom (2008-2012), Carlos Menocal, twitterte hingegen, dass er diese Niederlage als Anfang vom Ende der am längsten, nämlich über 20 Jahre wirkenden demokratischen Partei im Land interpretiere. „Der Hass gegenüber Sandra Torres sitzt tief. Die Stimmen gegen sie rissen sie in den Abgrund, aber sie nahm die Partei mit“. Javier Estrada Tobar (Nómada) *Mit der jetzigen Festnahme von Torres und einem drohenden Parteienverbot mag diese Einschätzung stimmen.*

(* Reminiszenz der Redaktion an eine berühmte Pressekonferenz des Fussballtrainers Giovanni Trapattoni in den 1990er Jahren, die dieser mit den inzwischen geflügelten Worten „Ich habe fertig“ beendete.)

Wider die Privatisierung der USAC: Studierende besetzen Ungebäude überall im Land

Quetzaltenango, 15. August - Seit Donnerstag, den 01. August sind die staatlichen San Carlos-Universitäten im ganzen Land besetzt. Hintergrund sind drastische Erhöhungen der Gebühren. Studierende befürchten damit einen Schritt in Richtung der Privatisierung der öffentlichen Universität. Dazu ein Interview von Thorsten Austen mit Rolando, Carlos und Antonio* vom Colectivo Estudiantes Cunoc. Sie halten zusammen mit anderen die staatliche San Carlos-Universität in Quetzaltenango besetzt.

Was sind die Gründe für die Besetzung der Universität?

Rolando: Die Gründe sind vielfältig, ein zentraler Punkt ist aber die geplante Privatisierung der San Carlos-Universität, der einzigen öffentlichen Universität. Die Universitätsleitung hat eine Erhöhung der Gebühren für jedes Examen von 50 auf 100 Quetzales (von 5,80 auf 11,60 €) beschlossen und die Kosten für notwendige Kurse vor Beginn des Studiums von 350 auf 1.000 Quetzales pro Kurs (von 40,50 auf 115,73 €) erhöht. Wer zum Beispiel fünf Kurse machen muss, zahlt dann 5.000 Quetzales (etwa 580 €). Viele Studierenden können das nicht bezahlen.

Carlos: Ein anderer Punkt ist ein Abkommen der Universitätsleitung mit der Industriekammer, nach denen Praktika in privaten Firmen gemacht werden sollen. Medizinstudenten werden dann zum Beispiel ihre Praktika nicht mehr in öffentlichen Gesundheitseinrichtungen auf dem Land machen, wo der Bedarf am grössten ist, sondern im privaten Krankenhaus hier in Quetzaltenango.

Wie ist die Situation der BesetzerInnen und was sind ihre Forderungen konkret hier für Quetzaltenango?

Rolando: Die Besetzung der San Carlos-Universität hier in Quetzaltenango ist Teil des Kampfes im ganzen Land, der Besetzungen überall im Land. Wie gesagt, die zentrale Forderung ist das Nein zur Privatisierung. Als regional grösstes Universitätszentrum ausserhalb der Hauptstadt sind wir an der Seite des Kampfes der Universität in der Hauptstadt. Wir in Xela haben noch eine Reihe zusätzlicher Forderungen, zum Beispiel die bessere Qualifizierung der DozentInnen. Viele DozentInnen unterrichten nicht in ihrem Fachgebiet und sind nicht ausreichend vorbereitet für ihren Unterricht. Des Weiteren fordern wir, weitere Studiengänge zu schaffen, zum Beispiel fehlen hier Fächer wie Geschichte, Sozialwissenschaften oder Politik völlig, dabei ist die Universität in Xela die zweitgrösste im Land.

Carlos: Auch wollen wir bessere Mitbestimmung in der Frage der Universitätsleitung. Zum Beispiel ist der aktuelle Rektor für Quetzaltenango seit acht Jahren im Amt, aber er wurde nie von den Studierenden gewählt.

Gibt es Unterstützung aus der Bevölkerung?

Rolando: Ja, es gibt viel Unterstützung. Viele Personen solidarisieren sich, kommen hier an das Tor der Universität und bringen Lebensmittel vorbei. Die Mehrheit der Studierenden und auch der DozentInnen unterstützt den Kampf. Nicht alle, aber die grosse Mehrheit. Es gibt politische Foren und Kulturveranstaltungen hier vor den Toren der besetzten Universität.

Und die Unterstützung von Organisationen?

Rolando: Auch die ist gut, allen voran die Gewerkschaft der ArbeiterInnen der Universität unterstützt uns sehr. Ein Vertreter des Menschenrechtsobmannes (PDH) war die ersten Tage der Besetzung hier vor Ort und hat uns unterstützt.

Wie sehen Sie die Situation der Privatisierungen in Guatemala generell?

Carlos: Die Privatisierung der Bildung, Gesundheit etc. ist eines der zentralen Geschäfte heute in Guatemala. Seit Jahren betreiben alle Regierungen in Guatemala diese Politik der Privatisierung. Die öffentliche Bildung und Gesundheit werden seit Jahren nicht mehr verbessert, um dann die Privatisierung als angeblichen Ausweg zu präsentieren. Neben grossen Teilen der Gesundheit und Bildung ist beispielsweise die Strom- und Wasserversorgung seit langem privatisiert. Jetzt geht es um die staatlichen Universitäten, aktuell die Gebührenerhöhung und in ein paar Jahren dann wahrscheinlich die vollständige Privatisierung.

Gibt es Gespräche mit der Universitätsleitung und wie lange wollen Sie die Proteste fortsetzen?

Antonio: Wir setzen die Proteste fort, bis die Universitätsleitung die Gebührenerhöhung zurücknimmt. Bisher gab es keine direkten Gespräche zwischen uns und der Universitätsleitung, für die kommende Woche ist aber eines geplant.

Gibt es Repression gegen Sie, Drohungen von Seiten der Polizei?

Rolando: Bisher gab es keine Drohungen oder Konfrontation von Seiten der Polizei oder der Armee. Die San Carlos-Universität hat einen Autonomiestatus und ist öffentliches Eigentum, was jetzt auf Beschluss der gewählten Gremien der Studierenden besetzt wurde. Zurzeit versuchen sie uns eher mit Desinformation zu schaden und auseinanderzubringen, aber das wird ihnen nicht gelingen, täglich sind wir besser organisiert.

Antonio: Aber wir kennen natürlich die Geschichte unseres Landes, wir wissen wie viele politisch aktive StudentInnen während des Bürgerkrieges ermordet wurden. Daher treten wir in der Öffentlichkeit zurzeit auch nur maskiert auf. Die Repression in der Vergangenheit hat auch die Privatisierung gefördert, viele Leute hatten Angst vor der Repression und haben es deshalb vorgezogen, an einer privaten Universität zu studieren. (*alle Namen geändert.)

Studierenden bieten Zugang zu den Campus der USAC an ...

Guatemala, 27. August – Jede Studierendengruppe, die regionale Zentren der USAC besetzt hält, wird autonom entscheiden, ob sie den Autoritäten der Universität Zugang verschafft oder nicht. Die Studierendenbewegung am zentralen Sitz der Universität San Carlos hat den Zugang der Studierenden und Beschäftigten zu den Räumen geöffnet, den sie vor 29 Tagen besetzt hatten. Das von Rektor Murphy Paiz gesetzte Ultimatum ist damit gleichwohl nicht erfüllt. Der Studierendenführer, Plutarco de León, sagte in einer Pressekonferenz, dass der Oberste Universitätsrat (CSU) seine Bewegung nicht über die Frist für die Übergabe der Einrichtungen informiert habe. Paiz hatte die Medien Stunden zuvor darüber informiert, dass die Frist, die er den Studierenden gesetzt habe, um 16. 00 Uhr abgelaufen sei.

Er wies darauf hin, dass die Übergabe der Einrichtungen in einem geregelten Ablauf übergeben werden müsse. So sei eine „angemessene Zeit“ dafür notwendig, deren Dauer de León jedoch nicht nannte.

Die Situation könnte am morgigen 28. August eine Veränderung erfahren, wenn der Universitätsrat in seiner Sitzung das Verfahren der Übergabe, wie sie die Studierenden verlangen, behandelt. De León führte aus, dass die Art und der Zeitpunkt der Übergabe von den lokalen Studierenden in den etwa 20 regionalen Universitätszentren autonom entschieden werden würden. Auch wenn die BesetzerInnen Fortschritte in den Verhandlungen bezüglich ihrer 18 Forderungen zur Universitätsreform (Dezentralisierung, Autonomie) anerkennen, bestreitet de León, dass eine andere Bewegung unter der Leitung von Lenina de León, Sekretärin der Vereinigung der Universitätsstudierenden (AEU), nicht bereit war, sich Zeit für die Realisierung der zu ergreifenden Massnahmen zu nehmen. Die AEU hatte den Zugang geöffnet für das Museum der USAC, den Club Los Arcos und die Psychologie-Schule im Universitätszentrum der Hauptstadt (CUM) und appellierte an die Studierenden angesichts der erzielten Erfolge in den Verhandlungen, die Einrichtungen zu übergeben.

Gegen Mittag sagte der Rektor, Murphy Paiz, dass er „heute die Garantien und Verfahrensweisen zur Übergabe benötige, weil wir nicht wollen, dass die universitären Aktivitäten noch weiter behindert werden.“

Jordán Rodas, Ombudsmann für Menschenrechte, sagte, dass er Paiz bei Verstößen beistehen werde, um eine einstweilige Verfügung zu beantragen, um das Recht auf Bildung zu gewährleisten.

Der Streik begann am 29. Juli und wirkte sich auf 200.000 Studierende aus. (PL)

Ein politisches Signal? - Ramazzini wird Kardinal

Vatikan/Huehuetenango, 1. September - Der politischste der guatemalteckischen Bischöfe, Álvaro Ramazzini, Bischof von Huehuetenango, wurde von Papst Franziskus in den Kardinalsstand erhoben. Ramazzini, den die **¡Fijáte!**-Redaktion im vergangenen Jahr interviewen konnte (siehe **¡Fijáte!** 656), hat sich stets um die Belange der indigenen Bevölkerung gekümmert und Armut sowie die Umweltzerstörung durch Grossprojekte angeprangert. Auch für MigrantInnen ist er stets eingetreten. Insofern kann dieser Aufstieg als politisches Signal verstanden werden.

¡Fijáte!

vierzehntägiger e-Mail Nachrichtendienst zu Guatemala in deutscher Sprache

<http://fijate.guatemala.de>

www.facebook.com/fijateMagazin

Redaktion:

Stephan Brües – stephan.bruees@arcor.de

Theresa Bachmann - theresabachmann95@web.de

Weiterverbreitung der Informationen mit Quellenangabe ausdrücklich erwünscht!

Herausgeber: Verein **¡Fijáte!**, registriert in CH-2502 Biel

c/o Barbara Müller, Ankerstr. 16, CH-8004 Zürich

Abo-Verwaltung: fijate@mail.de

Abo in Deutschland und Österreich: Jahresabonnent: 50 €, Solidaritätsabonnent: 100 €

Abo in der Schweiz: Jahresabonnent 85.-CHF

Konto-Nr. für alle AbonnentInnen:

IBAN: CH380900000305160686, BIC (SWIFT): POFICHBEXXX Postfinance AG Bern, PC: 30-516068-6